

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlagsort: Dresden.  
Verlagsnummer 25 244.  
Telefonnummer: 20 011.

Bezugs-Gebühr in Dresden u. Vororten bei halbjährlicher Lieferung monatlich 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M., durch d. Post bei halbjährlicher Lieferung monatlich 6 M., vierteljährlich 18 M. Die 11paltige 37 mm breite Seite 2 M. Bei Familienbestellungen, Einlegen unter Stellen u. Wohnungsanzeigen, 11paltige Ein- und Verträge 25 p. Honorargebühr laut Tarif. Unverändliche Nachträge gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 30 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Martenstraße 28-40.  
Stadt u. Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Nr. 19 205 Leipzig.

Nachdruck nur mit drucklicher Genehmigung („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverändliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

**Verleih-Magazin** für Möbel, Porzellan, Gläser, silberne Bestecke, Tischwäsche, Tafeln u. Stühle usw.

**Andreas Wold. Gottschalch**

Tel. 21466 - Prager Straße 19 - Tel. 12632

Verkauf von Korb-, Klub- u. Dielenmöbeln — Ein- u. Verkauf von modernen u. antiken Möbeln

**AUSSTELLUNG** fertiger Wohnungen

**Otto Schubert, Dresden-A.**

Werkstätten für Wohnungskunst

14 Wallstraße = Begründet 1873 = Wallstraße 14

**Glaswaren**

Jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes empfohlen in reichhaltiger Auswahl

**Wilh. Rühl & Sohn, Inh.: Hedwig verw. Rühl**

Gegründet 1848. Neumarkt 11. Fernspr. 14277.

## Abstimmung der Reichsobererschlesier in Köln?

### Ein Vorschlag des Verbaudes.

Paris, 28. Nov. Der Londoner Sonderberichterstatter der Agence Havas meldet, daß gestern über die Volksabstimmung in Oberschlesien verhandelt wurde. Nach einem Vorschlag sollen die außerhalb des Abstimmungsbezirks Wohnenden nicht am gleichen Tage wie die Bevölkerung in Oberschlesien abstimmen. Nach einem anderen Vorschlag sollen die außerhalb Oberschlesiens Wohnenden außerhalb des Abstimmungsbezirks, aber in der Besetzungssphäre, etwa in Köln, abstimmen. In dieser Sitzung bemerkt der Berichterstatter der Agence Havas, es sei beschlossen worden, den letzten Vorschlag Polen und Deutschland zur Annahme zu unterbreiten. Wird er abgelehnt, so wird man die andere Lösung zur Anwendung bringen. (ntb.)

### Ein Ausweisungsantrag gegen Korfanti.

Wegen der unerhörten Rede Korfantis in der Stadt Kolnberg in Oberschlesien, in der er zu terroristischen Maßnahmen gegen die Abstimmungsberechtigten aus dem Reich aufzufordern hat, hat der deutsche Plebiszit-Kommissar, Dr. Urbanek, wie aus Kattowitz gedruckt wird, an die Interalliierte Kommission in Duppeln den Antrag gerichtet, den polnischen Abstimmungskommissar Wojcik Korfanti aus dem Abstimmungsgebiet auszuweisen. Dr. Urbanek weist in seinem Antrag auf die Anlage zum Artikel 88 des Friedensvertrages hin, in der es heißt: „Der Ausschuss hat insbesondere die Ausweisung jeder Person zu veranlassen, die irgendeine das Ergebnis der Volksabstimmung durch Verleumdung oder Einschüchterungsmassnahmen zu falschen verführt.“

### Der Reichskanzler an die Oberschlesier.

Berlin, 28. Nov. Angehten der ober-schlesischen Verbände fand heute mittags im „Kolonialen Garten“ ein Konzert statt, an dem der Reichliche Weingärtnerverein aus Kattowitz mitwirkte. Der Saal war schon lange vor Beginn überfüllt und hunderte in Berlin lebende Oberschlesier konnten keinen Einlass finden. Während der eindrucksvollen Feier ergriff Reichskanzler Brüning das Wort zu einer Ansprache, in der er ausführlich: Was Oberschlesien für uns ist, das wissen wir schon seit geraumer Zeit, was es kulturell bedeutet, ist uns heute hier vorzuführen worden. Ein heller Auf der Begeisterung wird überaus ertönen, wo Sie sich hören lassen, wo Sie eintreten werden für den Gedanken, daß der Abstimmungsakt ein mit einem Siege und einem Bekenntnis für unser Deutschland enden möge. Diese ungenügenden wackeligen Tage werden der kommenden Welt zeigen, daß das Deutschtum ungeboren ist und daß Sie, die Oberschlesier, ihm die Treue bewahrt haben. Wir haben keine Sorge um den Ausgang, wenn Sie an der deutschen Kultur eine Stütze gefunden haben. Mit den anderssprechenden Bewohnern Oberschlesiens werden wir freundlich zu verfahren wissen, denn Oberschlesien soll weiter bleiben. Deutschland und Oberschlesien werden vereint gefunden. (Stark anhaltender Beifall.) Mit einem nachdrücklichen Bekenntnis zum Deutschtum und dem Gelübnis beim Abstimmungsakt für Deutsch-Oberschlesien einzutreten, schloß die Feier.

### Das Spa-Abkommen gefährdet.

Berlin, 27. Nov. In der Abfertigung der Wiederaufmachungsfrage sind in der letzten Zeit Schwierigkeiten eingetreten, weil der Rheinverleugungsstand auf ein seit Jahrzehnten nicht mehr beobachtetes Maß zurückgegangen ist. Die Gefahr ist in greifbarer Nähe gerückt, daß die Verhandlungen nach dem Oberthien ganz eingestellt werden müssen. Schon jetzt sind einige oberthienische Stößen ganz angeordnet, andere in ihren Leistungen außerordentlich gesunken. Um die drohende Folge der Nichterfüllung des Spa-Abkommens abzuwenden, rufen die Köpfe auf dem Wasser liegenden Wiederaufmachungstransporte auf einem arden Teil auf die Eisenbahn umgewandelt werden. Empfindlicher Mangel an Material und die damit zusammenhängenden wirtschaftlichen Schäden sind die Folge. Sächsischlands Kohlenverformung wird nur noch unter den größten Anstrengungen aufrechterhalten. Die deutschen Bemühungen, trotz allem die Ententebedingungen zu befriedigen, haben dabei auf die weitere Schwierigkeit, daß die belarischen und französischen Wannen zur Abnahme der erhöhten Bahnstrahlen nur nicht in der Lage sind. Alle Vorbereitungen bei der Entente, dadurch die Erfüllung des Spa-Abkommens zu ermöglichen, daß die Wiederaufmachungsfrage, wie der Friedensvertrag es vorsieht, zum Teil auch über deutsche Seebahnen geleitet werden darf, waren bis jetzt erfolglos. Auch die Bemühungen, für die Bahntransporte nach Frankreich Wannen französischer Rohmaterial zu erhalten, hatten nur einen ganz unbedeutenden Erfolg. Die langen Wege, die deutsche, mit Kohle beladene Wannen in Frankreich und Belgien zurücklegen müssen, sind auch nicht annähernd ausgleichend durch Anreizmaßnahmen einer entsprechenden Zahl fremder Wannen. Bei dieser Sachlage wäre es möglich, daß am Monatsende die Zweimilionen-Tonnenleistung mit einem Restbeitrag abschließt.

## Der Völkerbund und die Wirtschaftsblockade.

Genf, 28. Nov. In der Sitzung der Abrüstungskommission machte Lord Robert Cecil zu Beginn einige Ausführungen über die Wirtschaftsblockade. Nachdem er sich mit der Frage befaßt hatte, unter welchen Bedingungen die Blockade in Betracht kommen könnte, schlug er vor, einen besonderen Dienst oder einlag einen Beamten des Sekretariats zu beauftragen, den Rat über jede offizielle Beziehung des Völkerbundes zu unterrichten. Dieses Vorgehen würde ermöglichen, die wirtschaftliche Waffe schnell anzuwenden, ohne auf die Schaffung der internationalen Blockadekommission zu warten. Milten (Australien) verlangte, daß man die für jeden einzelnen Staat im Falle der Blockade zu treffenden Maßnahmen festsetze und gewissermaßen gesetzlich regelt. Die Lage hinsichtlich dieser Frage wechselte nämlich von Land zu Land, und es sei notwendig, daß das Verhalten jedes Landes festgelegt werde. Nach einer eingehenden Aussprache erklärte der Ausschuss auf Antrag Bourgeois, in Anbetracht der Tatsache, daß der Rat einzutreten für die Anwendung des Artikels 16 verantwortlich sei, daß die Kommission, die mit der technischen Organisation der Blockade beauftragt ist, auf keinen Fall den Charakter einer unabhängigen Kommission annehmen dürfe. (W. T. B.)

### Die Abrüstungsfrage.

Genf, 28. Nov. In der Unterkommission für die Abrüstungsfrage schlug der Vorsitzende Fisher von England vor, die Frage der primären Herstellung von Kriegsmaterial wegen der unvorhergesehenen Abwesenheit eines Vertreters der Militärkommission nur provisorisch zu besprechen. Da Cunha-Brasilien erklärte, daß bei der Durchführung seines Vorschlages, ein Staatsmonopol für die Herstellung von Kriegsmaterial zu schaffen, die Gefahr neuer Kriege in der Hauptsache beseitigt werde. Gleichzeitig würde auch die Kontrolle der Kriegsvorräte erleichtert. Lange-Argentinien hob hervor, die öffentliche Meinung sei gegen die Herstellung von Kriegsmaterial. Auch sei jetzt der Augenblick zur Durchführung von einschneidenden Maßnahmen gekommen. Csanauer-Italien erklärte sich mit dem Vorschlage da Cunha einverstanden. Albert-Frankreich erklärte, alle seine Kollegen seien einig, daß Artikel 8 des Völkerbundesvertrages angewendet werden müsse, der dem Völkerbundrat die Aufgabe zuweist, Mittel und Wege zur Unterdrückung der schädlichen Folgen der privaten Herstellung von Kriegsmaterial zu suchen.

## Barrikaden gegen die Sinnfeiner in London.

London, 28. Nov. (Reuter.) Am Eingang der Downing Street (in der die Amtswohnung Lord Georges liegt) wurden zum Schutz gegen etwaige Angriffe der Sinnfeiner Barrikaden errichtet. Die Behörden haben beschlossen, das Parlamentsgebäude für das Publikum zu sperren. (W. T. B.)

### Die Massenverhaftungen in Irland.

London, 28. Nov. Wie verlautet, werden in Dublin zur Internierung der Mitglieder des irischen republikanischen Heeres Konzentrationslager gebildet. In Dublin wurden in der vergangenen Woche 300 Personen verhaftet. Weitere wurden bei einem Ueberfall bei Fermoy zwei Soldaten getötet und zwei Soldaten sowie ein Offizier verwundet.

London, 28. Nov. (Reuter.) In Cork wurden die ganze Nacht hindurch Explosionen, Gewehrschüsse und Revolverfeuer gehört. Mehrere Häuser in verschiedenen Teilen der Stadt, u. a. ein Manufakturwarengeschäft, wurden in Brand gesetzt und vernichtet.

## Die internationalen Truppen für Wilna.

Genf, 27. Nov. Heute wurde der am 2. November vom Völkerbundrat angenommene Bericht über die Organisation des internationalen Truppenkontingentes für das Wilnaer Gebiet den Mitgliedern des Völkerbundes vorgelesen. Das Kontingente soll eine belgische Kompanie mit einer Maschinengewehr-Abteilung, je zwei englische, spanische und französische Kompanien mit je einer Maschinengewehr-Abteilung und außerdem noch nicht bestimmte dänische, holländische, norwegische und schwedische Kontingente umfassen. Der Bericht hebt hervor, daß die englischen und französischen Kontingente von Danzig und Memel aus gleichzeitig am 1. Dezember in Wilna eintreffen sollen, ohne deutsches Gebiet zu berühren. Die anderen Kontingente kommen vom Meer ab 1. Dezember. Die Verpflegungsaufgaben wird Danzig oder Warschau. Die Gesamtkosten für die Volkseinsatzkräfte sollen von Polen und Litauen zurückgeführt werden. (W. T. B.)

### Italienische Ratifizierung des Abriabkommens.

Rom, 27. Nov. In der Schlussabstimmung genehmigte die Kammer einen Gesetzentwurf, durch den die Ratifizierung des Vertrages von Rapallo ausgeschrieben wird, mit 215 gegen 15 Stimmen. Einmütig angenommen wurde der zweite Teil der Tagesordnung, der an den abgeschlossenen Vertrag den Wunsch knüpft, daß die in Rapallo verhandelten guten Beziehungen zwischen den Vertragsstaaten sich zum Vorteil der Vertragsparteien und Europas entwickeln möchten, und das Vertrauen ausdrückt, daß den nationalen Minderheiten die Freiheit des kulturellen und religiösen Lebens gesichert werde. (ntb.)

## Die englische Auffassung über die griechische Frage.

Paris, 27. Nov. Die der Londoner Berichterstatter des „Echo de Paris“ meldet, hat Lord Curzon gestern der französischen Delegation eine Note überreicht, in der die englische Auffassung der griechischen Angelegenheit und der Orientfrage dargestellt wird. Sie geht dahin, daß die Türkei das Verlorene nicht wieder erlangen dürfe und daß für die alliierten Mächte eine Sicherheit darüber gesucht werden müsse, daß die Personen, die mit der Politik Konstantin in den engen Beziehungen gestanden hätten, von der Regierung fern gehalten würden. Außerdem sei erforderlich, daß eine finanzielle und politische Kontrolle über die griechische Regierung ausgeübt werde. (W. T. B.)

### Eine griechische Parlamentskommission an König Konstantin.

Athen, 27. Nov. Das Wahlergebnis wird der neuen Kammer mitgeteilt, die als Kommission tagen wird. Eine Parlamentskommission wird sich nach Athen begeben, um dem König Konstantin die Entscheidung des hellenischen Volkes zu unterbreiten. (W. T. B.)

### Ein französisches Kriegsschiff in Athen.

Athen, 28. Nov. Der französische Panzerkreuzer „Balbec-Rouffou“ ist am 24. d. M. im Piräus angekommen.

### Die Londoner Konferenz.

London, 28. Nov. (Reuter.) Die Besprechungen zwischen Lord George und Venizelos wurden heute nachmittags wieder aufgenommen. Curzon und Bonar Law nahmen daran teil. Wie verlautet, hatten die Beratungen wegen der Anwesenheit des Grafen Sforza wiederum nur vorläufigen Charakter. (W. T. B.)

Der Graf Sforza erst Sonntagabend in London eintraf und Lord George bei seinem französischen Kollegen darauf gedrungen hat, die Regelung der griechischen Frage nicht zu verschieben, hat Venizelos sich entschlossen, erst am Dienstagabend London zu verlassen. (W. T. B.)

Paris, 27. Nov. Der Londoner Sonderberichterstatter der „Agence Havas“ will in englischen maßgebenden Kreisen sowohl als auch in französischen maßgebenden Kreisen die Versicherung erhalten haben, die Unterredung in London werde hinsichtlich Griechenland zu keiner gemeinsamen Erklärung der beiden Regierungen führen. Man werde sich vielmehr damit begnügen, gemeinsame Maßnahmen zu vereinbaren für den Fall, daß Griechenland eine Politik verfolgen sollte, die dem Interesse der Entente entgegenstehe wäre. Es behält sich, daß Athos vielleicht aufgefördert werde, nach London zu kommen, damit man ihn Kenntnis von der Ansicht der Alliierten gebe. Nebenbei werde der Ministerpräsident Venizelos eine neue Reise nach London unternehmen müssen. Alle schwebenden Fragen könnten im Laufe dieser ersten Benehung nicht geregelt werden. (W. T. B.)

### Der neue englische Botschafter in Paris.

Paris, 28. Nov. Der neuernannte englische Botschafter in Paris, Lord Hardinge, ist gestern Abend einetroffen. (W. T. B.)

## Die Viehablieferungen an die Entente.

Am 15. November haben in Paris bei der Wiederherstellungskommission Verhandlungen begonnen über die Viehablieferung, zu der Deutschland durch den Pariser Vertrag verpflichtet ist. Der Wiederherstellungsausschuss hat für die Lieferungen u. a. folgende Zahlen nach einer von französischer Seite angelegten Statistik festgelegt: Deutschland soll liefern: 149.064 Pferde, 888.061 Stück Kleinvieh, davon 640.000 Milchkühe. Diese Lieferungen von Milchkühen verteilt sich mit 400.000 für Frankreich, 135.000 für Belgien, 5000 für Italien und 100.000 für Serbien. Ferner 201.895 Hammel, 675.000 Schafe, 27.000 Ziegen, 165.000 Kühe. Hierzu tritt noch Geflügel, Manichien und Gänse. Die deutsche Regierung hat sich vorbehalten, diese Zahlen nochmals nachzuprüfen. Nach dem Abschluß dieser Prüfung sollen die Verhandlungen fortgesetzt werden.

## „Innerliche Scham wegen des Friedensvertrags“

Amsterdam, 28. Nov. Im „Telegraaf“ beipflichtet der durch sein frühes Buch über den Friedensvertrag bekanntgewordene englische Professor Kennes das von dem amerikanischen Finanzmann und Berater Wilsons in Versailles, Vordruck, betitelt Buch über die Wiederaufmachungsfrage und die Wirtschaftsverbindungen des Versailler Friedensvertrages, das er ein aufrichtiges Buch nennt, mit dem der Verfasser der Wahrheit einen Dienst erwiesen habe. Kennes schreibt unter Hinweis auf die Hoffnungen, die durch, wie so viele andere, die sich innerlich wegen des Vertrages schämen“, auf die Wiederaufmachungsfrage, seiner Ansicht nach sei auf diese Weise eine Rettung nicht möglich. Die Kommission habe selbst unter den einzelnen Mitgliedern wenig Freunde und Bewunderer. Da ihre Arbeit keine Frucht bringe, so sei ihre Auflösung wenigstens in der gegenwärtigen Form mit den augenblicklichen Vollmachten eine Hauptbedingung für den Fortschritt. Kennes schreibt: Es ist, als ob mit dem Auslösen von Deutschlands Atom der Hund, der Deutschland vernichtet hat, durch die Entente einacomet wurde, die diesem Lande gegenüberstanden. Der Welt, der den Einfall in Belgien beherrschte, hat in Paris triumphiert. (W. T. B.)

# Tagung des Gewerkschaftsrates.

Berlin, 28. Nov. Die erste Tagung des Gewerkschaftsrates deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände, der kürzlich aus den Gesamtverbänden der deutschen Gewerkschaften, D. A. B., dem Allgemeinen Eisenbahnerverband und dem Gewerkschaftsbund mit seinen Unterorganisationen gebildet wurde, war von etwa 500 Delegierten aus allen Teilen des Reiches besetzt. Reichsarbeitsminister Braun begrüßte im Namen des Reichspräsidenten die Versammlung. Er wies darauf hin, daß die Arbeiterbewegung seit dem Kriege rechtlich auf der ganzen Linie durchgeleitet habe, daß sie sich aber gegenüber dem politischen und wirtschaftlichen Status des Reiches ihrer Pflicht bewußt sein müßte. Auf dieses Bewußtsein rechte er bei den nächsten Aufgaben des Reichsarbeitsministeriums, dem Gesetz über den Arbeitsnachweis, über die Schlichtungsausschüsse, über Arbeitsrecht usw. Dann sprach der Reichsstaatsabgeordnete Erlesner über Ziele und Aufgaben des Gewerkschaftsrates, in dem sich etwa 700 organisierte Arbeiter und Angestellte zusammengeschlossen hätten, um die sozialen Interessen, wie Wohn- und Schiebertum, die ungenügenden Gewinne in Industrie und Handel, aber auch die unzulässige Handhabung der Arbeiter in der Wirtschaft, die mangelnde Arbeitsbeschäftigung in gemeinsamen Betrieben, abschließende Derabsetzung der Arbeitsleistung, Verdrängung der Arbeiter durch die Gewerkschaften usw. zu bekämpfen. Weiter forderte er Überberatung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betriebe und in Betriebsverbänden, Entlastung der sozialen Schwachmaßnahmen, Einführung der Teilhaberhaft der Arbeitnehmer in Großbetrieben, der Betrieb müsse eine Arbeitsgemeinschaft werden. Die wichtigste Voraussetzung für diese Reform und zur Befriedung der Wirtschaft sei eine schnelle und durchgreifende Änderung des Versailleser Friedensvertrages und eine Vereinigung aller Deutschen des ehemaligen Deutschen Reiches mit dem Reich.

Weiterhin sprach Chefredakteur Georg Bernhardt über Wirtschaftliche Ordnung und Wirtschaftliche Krise. Wenn nicht bald der Herrschaft des Wirtschaftlichen, der Entwertung des Geldes und der Arbeitslosigkeit ein Ende gemacht werde, dann werde eine Revolution erfolgen, gegen die der 9. November ein Vorbild gewesen und der gegenüber alle Gewerkschaftsorganisationen machtlos seien. Die Wirtschaftskrise verdaute ihre Entstehung der

## Zentraleffekt der sogenannten Novemberrevolution.

Die sozialdemokratische Regierung damals das, was sich unter dem Hindenburg-Programm innerhalb der Arbeiter und Angestellten entwickelte, in vernünftige Formen gegossen, so wäre zweifellos die Herrschaft nicht so weit gediehen. Um ein vernünftiges Verhältnis zwischen Ein- und Ausfuhr zu finden, werde man zur Planwirtschaft greifen müssen. Die Organisation der Wirtschaft dürfe nicht in die Hände des Staates gelegt sein. Die Forderung, den Betriebsräten die Kontrolle der Produktion zu übertragen, sei nicht gefährlich, da sie nicht einmal innerhalb einer Betriebsgruppe die Wirtschaftsverhältnisse überblicken könnten. Nennend sei der zwangsweise Zusammenbruch der Industrie. Der Unternehmer müsse das ihm von der Gewerkschaft abgehende Werk als Leben betrachten, das er zu verwerten hat und das er nur dann vererben kann, wenn die Garantien dafür vorhanden sind, daß sein Nachfolger es zum Wohle der Allgemeinheit weiterzuführen imstande ist. Der Staat, der nun einmal nicht tagelänglich arbeiten könne, solle keine Betriebe, die Eisenbahn und die Post, in die Gewerkschaften hineinwerfen. Das sei wahre Sozialisierung. Der Staat solle oberer Wächter der Wirtschaft sein; an Stelle der egoistischen Wirtschaft müsse die kollektive Individuenwirtschaft treten. (Beifall.)

In der anschließenden Aussprache ergriff als Erster Dr. Walter Rathenau das Wort, der sagte: Der Gedanke einer kollektiven Wirtschaftsteilung solle nicht etwa als Zwangsbeschränkung im alten Sinne aufgefaßt werden, man müsse die Organisation der Selbstverwaltung schaffen. Die Sozialisierung werde sich nicht von heute auf morgen schaffen lassen, und wenn die Kohlen sehr sozialisiert werden, so darf niemand glauben, daß es nun mit einem Male anders werde. Sozialisierung sei ein nebelhafter Ausdruck. Nur die Produktionspolitik werde uns retten. — Nach einem Vortrage des Verbanddirektors Gustav Schneider-Weiß wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt, daß die Ausfuhr deutscher Waren durch die wachsende Mangelung der Auslandsindustrie infolge der niedrigen Preise für deutsche Waren bedroht werde. Der Monarch protestiert gegen diese auf das Augenblicksinteresse des Handels eingeschränkte Forderung, die einen dauernden schweren Schaden für die deutsche Volkswirtschaft bedeute.

## Der internationale Gewerkschaftskongreß und das Ruhrgebiet.

London, 28. Nov. (Reuter.) Auf dem Internationalen Gewerkschaftskongreß erhaltete N. H. B. Frankreich im Namen der Delegation, die das Ruhrgebiet besucht hat, Bericht. Er erklärte, die Militärs hätten keinen Anlaß, dieses Gebiet zu besetzen. Es sei die Pflicht der deutschen Arbeiterbewegung, sich einer Befreiung durch Produktionsverweigerung zu widersetzen, und die Pflicht der U. S. T., den deutschen Arbeitern zu helfen. Der deutsche Delegierte Legion sprach über die Schwierigkeiten für die Arbeiter des Ruhrgebietes, infolge Lebensmittelmangels und der ihnen durch den Vertrag auferlegten Beschränkungen die Vertragsbestimmungen durchzuführen. L. H. M. sprach sich Bedauern darüber aus, daß Frankreich anscheinend fest entschlossen sei, imperialistischen Regierungen zu folgen. Er erklärte, wenn die deutschen Kameraden ihren Verpflichtungen nachkommen, sei es die Pflicht der organisierten Arbeiterbewegung der Welt, ihnen zu helfen. (W. I. B.)

## Der Schluß der Streikdebatte im Reichstag.

Berlin, 27. Nov. Abg. Kamerer (D. N.) führt zur Interpellation über den Berliner Elektrizitätsarbeiterstreik aus: Die äußerste Linke möge nicht glauben, daß sie so leicht wie in Russland eine zweite Revolution bei uns machen könne, denn wir haben einen starken Mittelstand. Medner billigt die Ausführungen der Regierung und hofft, daß den Worten von der starken Hand auch die Taten folgen. Seit hätte man in seiner gemeindefürsorglichen Tätigkeit von vornherein lahmlegen müssen. Seit dem Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes seien leider die Gewerkschaften radikalisiert geworden.

Abg. Wainand (Soz.): Der starke Mann, den man haben wolle, liege bei der Rechten. (Unruhe rechts.) Die äußerste Linke habe den Arbeiterinteressen, indem sie der Reaktion Waffeln in die Hand gebe. — Abg. Dr. Wöfel (Rechtsunabh.) verteidigt die Elektrizitätsarbeiter. Mit dem Hungerlohn von 10 000 Mark jährlich (!) könnten sie nicht auskommen. (Gelächter.) Die Philosophie der Satten wolle den Hungerigen nicht einleuchten. Der Hunger ist die Mutter aller Tugenden. — Damit schloß die Besprechung der Interpellation. Die Abstimmung über die Anträge und Aufhebung der Verordnungen des Reichspräsidenten wird am Dienstag stattfinden. — Montag 1 Uhr; Etat des Reichsministeriums, Schluß 1/2 Uhr.

# 60 1/2 Milliarden Defizit.

Im Verlauf der Beratungen des Wohnungsausschusses, über die wir schon berichtet haben, teilte Ministerialdirektor Schlieben dem Reichsanwaltschaftsamt mit, daß unter diesjähriges Defizit (60 1/2 Milliarden Mark) zwei Drittel der gesamten Kriegskosten betrage; für das nächste Jahr wird das Defizit auf 80 Milliarden Mark steigen.

**Der Brief des deutschen Völkchens in Rom.** Auf die Anfragen der Abgeordneten Brodau und Kopch sowie des Abgeordneten Dr. Stresemann hat der Reichsminister des Reiches eine ausführliche Antwort gegeben, in der es unter anderem heißt: Der Völkchens hat weder einen Entschuldigungsbrief an den italienischen Völkchen geschrieben, noch die Post der deutschen Einwohner von Sibirien für allgemein erklärt, noch die Worte des Reichsministers als sentimentale Neuerung bezeichnet.

## Das Kreditabkommen zwischen Deutschland und Holland.

Wie verlautet, sind die Schwierigkeiten, die bisher der Ratifizierung des deutsch-holländischen Kreditabkommens im Wege standen, aus dem Wege geräumt worden. Die Ratifizierung durch Deutschland ist bald zu erwarten, denn der deutsche Minister des Auswärtigen, Dr. Simon, hat in einer Note der holländischen Regierung mitteilen lassen, daß die deutsche Regierung bereit ist, das deutsch-holländische Kreditabkommen in nächster Zeit zu ratifizieren.

## Die deutsch-italienischen Beziehungen.

Rom, 27. Nov. Der Dandelsminister wird demnächst eine Verlauna erlassen, wonach das Verbot der Rückversicherung mit Gesellschaften in den ehemals feindlichen Ländern aufgehoben wird.

## Die englischen Liberalen fordern Abriistung.

Amsterdam, 27. Nov. Wie die amtlichen Blätter melden, brachte auf der in Bradford abgehaltenen Jahresversammlung der Nationalen Liberalen Bundes der liberale Führer Sir Donald Maclean eine Entschließung ein, in der die Aufhebung des Obersten Rates des Völkerbundes gefordert und verlangt wird, daß der Völkerbund in sofortiger Tätigkeit tritt zur Regelung der melopotamischen Frage, der polnischen Krise, der Beziehungen mit Rußland und anderer internationaler Fragen, darunter der Revision des Versailler Friedensvertrages, „wo dies vonnöten ist“. Sir Donald Maclean sagte, die Menschheit schreie nach Frieden, und die Zeit für den friedlichen Wiederaufbau sei gekommen. England gibt in diesem Jahre 150 Millionen Pfund Sterling für seine bewaffnete Streitkräfte aus, Frankreich und die Vereinigten Staaten verwenden schätzungsweise für ihre Truppen. Es ist wertlos, von Sparsamkeit in der ganzen Welt zu reden, wenn nicht England in der Abrüstungsfrage die Führung übernimmt. Wenn der Militarismus nicht jetzt zerbricht, so geht die ganze Welt dem völligen Zusammenbruch entgegen. Melopotamien verliert dieses Jahr etwa 80 Millionen Pfund Sterling. Dieses Geld wird verwendet, um die internationalen Petroleum-Interessen zu schützen. Das Defizit der Liberalen Partei liegt in dem einen Punkte der Welt nach einem allgemeinen dauernden Frieden. Der Liberalismus ist heute die einzige Kur für die kranke Welt.

## Vengues an das englische Volk.

Paris, 28. Nov. Nach einer Spass-Rede und London hat Ministerpräsident Vengues eine Erklärung an das englische Volk gerichtet, in der er zum Ausdruck bringt, daß er kein einseitiger Anhänger der engen Zusammenarbeit Großbritanniens mit Frankreich gemeint sei. Der Krieg habe bewiesen, daß diese Entente für die endgültige Wiederherstellung des Friedenszustandes unerlässlich sei, aber auch für die Aufrechterhaltung der Gerechtigkeit und der Freiheit der Welt.

## Verliches und Sächsisches.

### Dem Bericht über die wirtschaftliche Lage der sächsischen Landwirtschaft.

den der Landwirtschaftsminister erhalten und der am 18. November abgeschlossen ist, sei folgendes entnommen: Die Preisbildung für die einzelnen landwirtschaftlichen Erzeugnisse hat sich in letzter Zeit infolge der Aufhebung der Zwangswirtschaft auf den einzelnen Gebieten sehr verschiedenartig gestaltet. Die landwirtschaftlichen Produkte sind infolge der Erzeugerlöhne anzuwachsen, was insbesondere beim Fleische der Fall war. Die Preise für Kartoffeln wurden dagegen durch örtliche und bezirksweise Abmachungen zwischen Verbrancher und Erzeuger allgemein auf 20-25 Mk. und für Winterbrennöl auf 15-18 Mk. durchgängig herabgedrückt. Die Höchstpreise der noch in öffentlicher Bewirtschaftung lebenden landwirtschaftlichen Erzeugnisse aus der diesjährigen Ernte konnten ebenfalls angesichts der stark in die Höhe gestiegenen Erzeugerlöhne nicht mehr als angemessen angeprochen werden. Besonders dürften die an niedrigen Preise für Milch und deren Erzeugnisse kaum zu dem immer wieder von Verbraucherseite geforderten Wiederaufbau der Milchviehhaltung beitragen. Durch Freigabe der Kartoffeln hat sich die Nachfrage nach Schweinen und Ferkeln zur Ansicht stark vermehrt, obwohl die in einigen Bezirken mitunter stark auftretende Maul- und Klauenseuche den Handel sehr erschwert. Der Unwille der Landwirtschaft über die nicht ausreichenden Höchstpreise und die zwangsweise Herabsetzung des Kartoffelpreises nach Aufhebung der Zwangswirtschaft ist in erster Linie auf das fertige Getreide der Löhne zurückzuführen.

Infolge des günstigen Erntewendens war die Ernte selbst bis auf einzelne hochgelegene Bezirke überall aus einbringlich. Die Herbstbekämpfung konnte unter diesen Verhältnissen im allgemeinen ebenfalls zur rechten Zeit vorgenommen werden. Die endgültigen Durchschnittsergebnisse aus der diesjährigen Ernte sind noch nicht zu übersehen, da nur ganz vereinzelt Berichte bisher eingegangen sind. Die Ergebnisse aus der Grünfütter- und der Grummeternte lassen jedoch eine Ernährung der Rinder und Züchter ohne Ankauf von Kraftfuttermitteln als gesichert erscheinen, wenn auch durch den Eintritt von Frühfröhen eine ausgiebige Ausnützung der Herbstweide nicht überall möglich war.

Die Lage des Grundstücks-, insbesondere Gärten- marktes hat sich fortwährend in bedenklichem Maße verheert. Größere Objekte sind seit Monaten nicht zum Kauf angeboten. In den mittleren und unteren Größenklassen ist ein Rückgang eingetreten. Nur einzelne Kleinlandwirte, die in den letzten Kriegsjahren Wirtschaftsbetriebe erworben, haben diese wieder abgetreten. Fast durchwegs befinden diese Betriebe sich in einem heruntergewirtschafteten, zum Teil geradezu trostlosen Zustande. Dabei wurden Preise verlangt und auch bezahlt, die den berechtigten Kaufpreisen mindestens um das Doppelte übersteigen. Gutswirtschaften, die vor einem Jahre oder anderthalb Jahren gekauft wurden, sind, ohne daß eine Veränderung in dem wirtschaftlichen Zustande und Behande eingetreten ist, mit 50-100 Proz. Preissteigerung an Berufsländwirte weiterverkauft worden. Ansehnlich der Zahl, daß Hunderte von Berufsländwirten sich fortgesetzt erfolglos nach einer geeigneten Erbschaftswirtschaft bemühen und Tausende von Gärtnern bestenfalls sind und ihr Leben geradezu fristen, sind diese Verhältnisse besonders zu bedauern. Die Postämterstellen sind ebenfalls in fortwährender Abnahme begriffen. Kapitalistischen Landwirten ist die Erlangung einer selbständigen Existenz infolge dessen überaus erschwert. Eine Besserung der unglücklichen Lage des Grundstücksmarktes setzt eine Wiedergewinnung unseres gesamten Wirtschaftslebens voraus.

# Gründungsfeier des R. d. B.

Die Feier des zweijährigen Bestehens des Reichs-Gewerkschaftsverbandes deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände, der kürzlich aus den Gesamtverbänden der deutschen Gewerkschaften, D. A. B., dem Allgemeinen Eisenbahnerverband und dem Gewerkschaftsbund mit seinen Unterorganisationen gebildet wurde, war von etwa 500 Delegierten aus allen Teilen des Reiches besetzt. Reichsarbeitsminister Braun begrüßte im Namen des Reichspräsidenten die Versammlung. Er wies darauf hin, daß die Arbeiterbewegung seit dem Kriege rechtlich auf der ganzen Linie durchgeleitet habe, daß sie sich aber gegenüber dem politischen und wirtschaftlichen Status des Reiches ihrer Pflicht bewußt sein müßte. Auf dieses Bewußtsein rechte er bei den nächsten Aufgaben des Reichsarbeitsministeriums, dem Gesetz über den Arbeitsnachweis, über die Schlichtungsausschüsse, über Arbeitsrecht usw. Dann sprach der Reichsstaatsabgeordnete Erlesner über Ziele und Aufgaben des Gewerkschaftsrates, in dem sich etwa 700 organisierte Arbeiter und Angestellte zusammengeschlossen hätten, um die sozialen Interessen, wie Wohn- und Schiebertum, die ungenügenden Gewinne in Industrie und Handel, aber auch die unzulässige Handhabung der Arbeiter in der Wirtschaft, die mangelnde Arbeitsbeschäftigung in gemeinsamen Betrieben, abschließende Derabsetzung der Arbeitsleistung, Verdrängung der Arbeiter durch die Gewerkschaften usw. zu bekämpfen. Weiter forderte er Überberatung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betriebe und in Betriebsverbänden, Entlastung der sozialen Schwachmaßnahmen, Einführung der Teilhaberhaft der Arbeitnehmer in Großbetrieben, der Betrieb müsse eine Arbeitsgemeinschaft werden. Die wichtigste Voraussetzung für diese Reform und zur Befriedung der Wirtschaft sei eine schnelle und durchgreifende Änderung des Versailleser Friedensvertrages und eine Vereinigung aller Deutschen des ehemaligen Deutschen Reiches mit dem Reich.

## Am Sonntag vormittag hielt der Verband am gleichen

Orte eine öffentliche Versammlung ab, die leider nur mäßig besucht war. Als erster Redner behandelte Generalsekretär Böttner das Thema: Der Berufsstand und Militäranwärter im neuen Deutschland. Er führte u. a. aus: Eine Wehrmacht ist auch in einem Staate, der nur friedlicher Entwicklung leben will, nötig. Die Einlieferung des Wehres in das Volksganze setzt voraus, daß es unter seiner übertriebener Bevormundung gehalten werde. Disziplin ist freilich unerlässlich. Verarmungsgefahr durch den Krieg gegenüber muß den Angehörigen der Wehrmacht erfüllen. Das neue Wehr ist es besonders schwer — entstanden, wie es ist, unter dem Schatten der Erinnerung an die allgemeine Wehrpflicht — in den breiten Massen sich durchzusetzen. Es will mitmachen am Wiederaufbau des Vaterlandes, sein Ansehen der Reaktion, getragen von starker Furchtbarkeit. Der Wiederaufbau ist nicht eine Sache der Parteien, sondern der Erziehung. Daran will der R. d. B. mitwirken. Er will den Leuten Staatsschüler in der Wehrmacht bilden, aber Politik lehnt er ab. Das wirtschaftliche Kooperationsrecht hat der Reichswehrminister angesetzt gegen den Verzicht auf das politische. Der R. d. B. lehnt diesen Verzicht ab. Er bekennt förmlich, auch im Wirtschaftlichen, die letzten Wehrmittel, den Streik, nicht anwenden zu wollen in voller Würdigung der besonderen Verantwortlichkeit der Wehrmacht. Wehres- und Marinekammer — die auf einen Gedanken des R. d. B. zurückgehen — können den Verband zwingen, nicht erziehen. Der Vortragende erörterte darauf im einzelnen die umfassende Tätigkeit auf dem Gebiete der Fürsorge, der Versicherung, rechtlichen Beratung, wirtschaftlichen Versorgung (Ein- und Verkaufsgenossenschaft, Arbeitsnachweis, Stiefelung und zeitigen Bildung, die der Verband für seine Mitglieder entfaltet hat.

Im Namen des Deutschen Offiziersbundes wandte sich dann General v. Gull in warmen Worten an die Versammlung. Er beklagte die Lage des Verbandes an seiner Gründungsfeier; das Gelingen dürfe den R. d. B. froh machen. In den großen Aufgaben der Zukunft trete der R. d. B. in dem Verband in guter Kameradschaft zur Seite, in jener Kameradschaft, die, in mühevoller Friedensarbeit entstanden, gekräftigt worden sei im Trommelfeuer des Weltkrieges und eine wesentliche Grundlage gewesen sei für die beispiellosen Erfolge, die das deutsche Wehr im Weltkriege errungen habe. Nachdem unter solchem deutschem Volkseifer gerettet sei, bleibe dem neuen Wehr nur die Aufgabe, Ruhe und Ordnung zu sichern, und jede legale Verfassung gegen jeden Putsch, wobei er auch kommen möge, zu schützen. Diese Aufgabe sei allein zu lösen, wenn das Wehr unterrichtet bleibe vom politischen Parteistampfen, wenn es sich nicht anstrengt, Kameradschaft, gegründet auf Vertrauen zwischen Offizier, Unteroffizier und Mann, Verbindungsinteresse über Einzelinteressen, Volkinteresse über Parteinteressen; unter geleitetem Vaterland über alles! — Darauf kamen Vertreter der politischen Parteien, nämlich Galtan für die Reichswehr, sozialistischer, Prof. Dr. Seifert für die Demokraten und Dr. Köhler für die Deutsche Volkspartei zu Wort. Einmalige Redner fanden Beifall, es wirkte aber störend, daß der Abgeordnete Galtan, im Unterschied zu den übrigen Rednern, hart auf politische Hinführung trug. Als er eine persönliche Bemerkung polemisch ausbreiten wollte, wurde ihm vom Vorsitzenden das Wort entzogen. In kurzen Schlussausführungen machte sich Generalsekretär Böttner die Worte des Generals v. Gull zu eigen: Der Verband muß über dem einzelnen, das Vaterland über dem Verband stehen.

## Haushalt und Wirtschaft.

### Verteilung von Ganzpulver.

Das jetzt auf Haushaltungskarte A und B zur Verteilung gelangende Ganzpulver bietet einen kostwerten Ersatz für die zurzeit so teuren Feinpulver. Da jedes Päckchen dem unverfälschten Inhalt von fünf Eiern in getrocknetem Zustande entspricht und nur 8 Mk. 50 Pf. kostet, berechnet sich der Preis für ein Ein in getrocknetem Zustande auf 70 Pf. Das Pulver ist für alle Zwecke des Backens und Kochens, sowie zur Herstellung von Marmelade und feinem Eis zu verwenden. Die Gebrauchsanweisung ist jedem Päckchen aufgedruckt.

### Polnische Kartoffeln für Sachsen.

Mit Polen ist vom Reich ein Vertrag über Kartoffellieferungen abgeschlossen worden. Der Anteil Sachsens an diesen Kartoffeln soll wie wir von zünftiger Stelle erfahren, 100 000 Zentner betragen. Der Preis stellt sich auf 30 Mk. für den Zentner.

### Rückstandsfordernungen gegen die Reichswehr.

Das Reichswehrministerium gibt bekannt: Alle ehemaligen Angehörigen von Freiwilligenverbänden und Formationen der vorkrieglichen Reichswehr werden aufgefordert, berechnigte Rückstandsfordernungen umgehend, spätestens bis 31. Dezember 1920, bei den Abwicklungstellen ihrer früheren Truppenteile geltend zu machen.

### Abstimmung für Oberhessen.

In der letzten Zeit sind wiederholt Meldungen über den Abstimmungsminister durch die Presse gegangen, die leicht gezeichnet sind, Bewirung hervorgerufen. Allen Abstimmungsberechtigten wird hiermit zur Kenntnis gegeben, daß sowohl der Termin der Abstimmung wie der des Abfahrens rechtzeitig durch den Deutschen Schaubund bekanntgegeben werden wird. Auskünfte jeder Art erteilt die Arbeitsgemeinschaft des Deutschen Schaubundes, Dresden-Altkönig, Strehliener Straße 58.

### Tarifänderungen bei der Reichseisenbahn.

1. Dezember 1920 treten, wie schon gemeldet, der neue Deutsche Eisenbahn-Gütertarif, Teil I, Abteilungs B, nebst Einführungsverordnung, sowie der Deutsche Eisenbahn-Gütertarif, Teil I, in Kraft. Die Änderung in der Gütertarifstellung, sowie in den Grundtarifen der Frachtberechnung sind so wesentlich, daß eine einzelne gehende Erklärung nicht gegeben werden kann; solche sind vielmehr bei den Güterabfertigungen in Erfahrung zu bringen.







